

**Antrag 53/II/2024****Abteilung 07/04 Lichtenrade-Marienfelde****Der Landesparteitag möge beschließen:****Handyverbot an Berliner Schulen**

1 Die SPD-Abgeordnetenhausfraktion wird aufgefordert,  
2 entsprechend ihrer Zuständigkeit, ein allgemeines Handy-  
3 verbot an Schulen durchzusetzen, um das soziale Wohlbe-  
4 finden, das soziale Klima und ein erfolgreiches Lernen für  
5 Schülerinnen und Schüler zu ermöglichen.

6

**7 Begründung**

8 Viele europäische Länder, wie beispielsweise Frankreich,  
9 haben Smartphones inzwischen aus dem Schulalltag ver-  
10 bannt. Derzeitig ist die Handhabe eines Handyverbots in  
11 Deutschland nicht nur Angelegenheit der einzelnen Bun-  
12 desländer, sondern obliegt der Entscheidung jeder einzel-  
13 nen Schule. Es ist allgemein bekannt, dass Jugendliche  
14 schon heute zu viel Zeit online verbringen, Süchte und Ver-  
15 änderungen in der Selbstwahrnehmung entwickeln und  
16 sich zudem das Aufmerksamkeits- und das Konzentrati-  
17 onsvermögen massiv verringern.

18

19 Eine Studie des Lehrstuhls für Schulpädagogik der Univer-  
20 sität Augsburg hat die Wirkung eines Verbots von Han-  
21 dys bzw. Smartphones an Schulen sowohl im Hinblick auf  
22 die schulischen Leistungen als auch auf das soziale Wohl-  
23 befinden von Schülerinnen und Schülern untersucht. Die  
24 Studie kommt zu dem Ergebnis, dass ein Smartphone-  
25 Verbot messbar positive Effekte auf das soziale Klima und  
26 auf die Lernleistungen der Schülerinnen und Schüler ha-  
27 ben und Lehrerinnen und Lehrern das Lehren erleichtern.

28

29 Ausgenommen ist der gezielte Einsatz von Smartphones  
30 und Tablets Medien im Unterricht, da die Geräte durch-  
31 aus Potenzial in Bezug auf Kommunikation und Informa-  
32 tionsbeschaffung bieten und auch weiterhin aber gezielt  
33 als Unterrichtselement eingesetzt werden sollen.

34

35 Eine einheitliche Regelung soll Klarheit und einheitliche  
36 Voraussetzungen schaffen.